

Oktober 2002

Veranstaltungshinweise:

Seiten 2 und 3

Meldungen und Berichte:

Die Wahlschlacht der Populisten , Die Welt, 30.09.2002	Seite 3
Brasiliens Real fällt auf Allzeittief , Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24.09.2002	Seite 5
Brasiliens Wirtschaft fängt sich , Financial Times Deutschland, 3.9.2002	Seite 6
Das Biest, das Gewalt heißt , SpiegelOnline, 21.09.2002	Seite 7
Datafolha: Lula está a um ponto da vitória no primeiro turno Veja online, 28.09.2002	Seite 7
Diretor do FMI aposta em recuperação do Brasil , Estado de São Paulo, 29.09.2002	Seite 7

Seit dem 01.08.02 ist das Berliner Büro der DBG unter einer neuen Adresse zu erreichen:
Deutsch Brasilianische Gesellschaft – Büro Berlin, Am Festungsgraben 1, 10117 Berlin
(Bürozeiten: Mo., Mi. und Fr. von 10.00 bis 13.00 Uhr)
Tel.: 030- 22488144, Fax; 030- 22488145

Veranstaltungen und Termine im Oktober 2002:

Bonn

- 05.10.2002 14.00 Uhr **Clube da criançada**, monatliches Treffen der Kindergruppe für Freunde und Mitglieder der DBG, anlässlich des „Dia da Crianca“ am 12. Oktober führen die Kinder das kleine Theaterstück „Dona Baratinha“ auf, in den Räumen der Ev. Kirche Ittenbach, Ringstr. 17 in Königswinter-Ittenbach.
- 16.10.2002 20:00Uhr **As políticas neoliberais e a crise na América Latina**, Vortrag in portugiesischer Sprache (mit Dolmetscher), von **Prof. Dr. Luis Alberto de Vianna Muniz Bandeira** gemeinsame Veranstaltung mit dem Ibero-Club und der Deutsch - Portugiesischen Gesellschaft, im Ibero Club - Adenauerallee 132a, Bonn

Achtung: Wegen des Tages der Deutschen Einheit kein Bate Papo am 03. Oktober

Berlin / Brandenburg

- 03.-16.10.2002 20.15 u. 22.15 Uhr Brasilianischer Film „**Domésticas**“, Regie F.Meirelles, zweimal täglich im Eiszeit Kino, Zeughosstr.20, 10997 Berlin, Info unter 030/6116016
- 04.10.2002 19.30 Uhr **Deutsche am Amazonas**, Brasilienausstellung, anschl. bras. Live-Musik (Planetão) und bras. kulinarische Spezialitäten (Esskultur) im Museum Dahlem, Lansstr.8, Berlin, Eintritt 12 bzw. 9 €, Info unter 030/68089344
- 06.10.2002 08.00 - 17:00 Uhr **Präsidentenwahlen in Brasilien**, registrierte Wahlberechtigte haben die Möglichkeit zur Stimmabgabe in den Räumen der Brasilianischen Botschaft, Wallstraße 57, Berlin, Infos unter [Brasilianische Botschaft](#)
- 11.10.2002 19.00 Uhr Vernissage der brasilianischen Künstlerin Heloisa Côrrea in der katholischen Akademie, Ausstellung bis zum 28.11.2002, in der Hannoversche Str. 5, Berlin, Info unter [Katholische Akademie](#)
- 11.-13.10.2002 **Die Einbindung Brasiliens in die postnationale Konstellation**, Brasilien-Arbeitsgruppe der ADLAF c/o Centro de Comunicación Científica con Ibero-América (CCC Tübingen), in der Heinrich-Böll-Stiftung, Hackesche Höfe, Rosenthaler Str. 40/41, Berlin, Info unter 030/285340, Anmeldung unter [Mail Uni Tübingen](#)
- 24./25.10.2002 09.00 Uhr **Brasilien im amerikanischen Kontext zu Beginn des 20. Jahrhunderts**, Symposium des Ibero-Amerikanischen Instituts Preußischer Kulturbesitz, Potsdamer Str. 37, Berlin, Infos unter [Mail](#)

Funk und Fernsehen

- | | | |
|------------|-------------------|---|
| 04.10.2002 | 22.00 – 24.00 Uhr | Brasil 40°, brasilianisches Musikprogramm, (jeden ersten Freitag im Monat), Offener Kanal Hamburg, Frequenzen: 96 MHz (Antenne); 95,45 MHz (Kabel Hamburg). Weitere Frequenzen: Offener Kanal |
| 05.10.2002 | 17.00 – 19.00 Uhr | Brasilien Magazin, Musik und Infos aus Brasilien, jeden ersten Samstag im Monat, Offener Kanal Hamburg, Frequenzen wie oben. |
| 19.10.2002 | 17.30 – 18.00 Uhr | Reisezeit-Reisereportage über Brasilien im Norddeutschen Rundfunk, NDR-Fernsehen. |

Aktuelle Meldungen und Berichte:

Die Wahlschlacht der Populisten

Die Welt, 30.09.2002, www.welt.de

Gigantisches Wachstum, kräftige Gehaltserhöhungen für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst, Erhöhung des Mindestlohns - kein Versprechen ist den Bewerbern um das Amt des Präsidenten in Brasilien zu dreist. Doch das Land wird so nicht aus der Rezession kommen

Von Lorenz Winter

Cardosos Nachfolger hat kaum Spielraum im Haushalt und muss sich gegen den Argwohn wehren, sein Land könne zum nächsten Ansteckungsherd der Hochfinanz werden.

Wer auch immer am kommenden Sonntag jubelnd vor die Fernsehkameras tritt - viele der Versprechungen wird der neu gewählte brasilianische Präsident nach seinem Amtsantritt im Januar nicht einlösen können. Ganz gleich ob der künftige Amtsträger nun von rechts oder links kommt.

Denn das größte Land Südamerikas steckt noch immer tief in der Rezession. Der Real ist im freien Fall, weshalb die Tilgung der Dollar-Schulden nur schleppend vorankommt. Für Steuergeschenke, Lohnerhöhungen oder eine Steigerung der Staatsquote ist im brasilianischen Haushalt kein Platz. Dennoch versprechen die Präsidentschaftskandidaten das Blaue vom Himmel.

Die Ankündigung José Serras etwa, den sich Präsident Cardoso als Nachfolger auserkor, gleich im ersten Jahr seiner Regierungszeit das Wachstum zu verdreifachen und über die Gesamtstrecke hinweg zehn Millionen neue Jobs zu schaffen, ist vermessen.

Tatsächlich müsste ein Präsident Serra schon zufrieden sein, wenn aus den kümmerlichen 0,9 Prozent Wachstum dieses Jahres im nächsten ein doppelt so hoher Zuwachs würde und dadurch wenigstens ein Teil der offiziell etwa sieben Millionen Arbeitslosen des Landes wieder eine Stellung fände.

Genauso unsanft würde die derzeitige Kassenlage aber auch den Arbeiterführer Luiz Inácio Lula da Silva, der bei den Umfragen klar in Führung liegt, oder den Linkspopulisten Anthony Garotinho rasch wieder auf den Boden wirtschaftlicher Tatsachen zurückholen. Lulas Absicht, den jahrelangen Rückstau von Löhnen und Gehältern im öffentlichen Dienst aufzuholen, würde den Staat im Extremfall umgerechnet über 15 Milliarden Euro kosten - mehr als Cardoso dem IWF an Haushaltseinsparungen für 2003 zugesagt hat. Der Währungsfonds würde bei einer solchen Politik nicht mitmachen: Werden die vereinbarten Budgetziele nicht erreicht, wird der IWF 24 der Brasilien zugesagten 30 Milliarden US-Dollar einfrieren.

Ähnlich weltfremd muten die Vorschläge Garotinhos an. So plant der Linkspopulist, der in Umfragen allerdings nur an vierter Stelle rangiert, den gesetzlichen Mindestlohn von 200 auf 280 Real (80 Euro) pro Monat aufzustocken. Die Folge wäre ein breites Loch in den öffentlichen Kassen. Denn in Brasilien dient der Mindestlohn nicht nur als Tarifsockel für Industrie und Handel, an ihm orientieren sich vielmehr auch Renten und Pensionen. Seine Anhebung um 80 Real bedeutete deshalb für das Sozialversicherungssystem einen Verlust von umgerechnet mehr als fünf Milliarden Euro pro Jahr.

Auf dem Weg zu seinen hehren oder populären Zielen wird jeder der zur Präsidentschaftswahl angetretenen Kandidaten letztlich an derselben Hürde scheitern: Die ab Januar amtierende Regierung ist verpflichtet, im kommenden Jahr einschließlich der Beiträge von Bundesstaaten und Gemeinden Brasiliens 48 Milliarden Real (17 Milliarden Euro) für den Schuldendienst aufzubringen. Das entspricht im Geldwert etwa dem doppelten Wirtschaftswachstum von 2002. Hinzu kommt: Je tiefer der Real fällt, desto schwerer wird der Schuldenabbau. Denn die Dollar-Zinsen werden mit dem Verfall der brasilianischen Währung immer höher. Gewinnt der in den Umfragen führende Linkskandidat Lula, wird der Real wohl noch weiter fallen. Aus Angst vor diesem Szenario haben die Finanzmärkte die Währung in der vergangenen Woche mit 3,26 Real pro US-Dollar bereits auf ein Rekordtief geprügelt.

Angesichts einer Nettoverschuldung von 59 Prozent des Bruttoinlandsprodukts stellt sich die Frage, woher das neue Kabinett das Geld für den Schuldendienst nehmen will.

Steuererhöhungen würden Produktion und Verbrauch nur noch weiter dämpfen, damit aber die tatsächlichen Einnahmen des Fiskus schmälern.

Sondereinnahmen aus Privatisierungen werden nicht mehr so üppig sprudeln wie in den Vorjahren. Denn einerseits lässt die Investitionslust des Auslands spürbar nach: Schon in diesem Jahr schmolzen die Zuflüsse von knapp 33 auf 22 Milliarden Dollar ab. Andererseits sind die wenigen noch wirklich attraktiven Privatisierungsobjekte wie etwa Banco do Brasil oder Petrobras zumindest für die politische Linke vorerst tabu.

Es bliebe also nur das besonders schmerzhafteste Instrument weiterer Ausgabenverzichte. Doch von dem für 2003 vorgesehenen 280 Milliarden Real schweren Haushalt sind 90 Prozent quasi verfassungsmäßig festgeschrieben. Ein ansehnlicher Teil der übrigen zehn Prozent sind zudem für die sozialpolitisch heiklen Ausgaben für Gesundheit, Erziehung und Beschäftigung verplant. Einen anderen Teil der frei verfügbaren Ausgaben bilden die Gelder für Infrastruktur-

Investitionen. Sie halbierte freilich Cardoso schon in diesem Jahr, und seinen Nachlasshaushalt für 2003 setzte er von vorneherein niedriger an als den Etat für 2002.

"Angesichts solcher Zahlen", seufzt Aloísio Mercadante, wirtschaftspolitischer Berater des Arbeiterführers Lula, sei der Spielraum für das neue Kabinett "verdammt eng".

Die jetzt erkennbaren Haushaltsengpässe entstanden im Laufe der Amtszeit Cardosos, weil der scheidende Präsident das wichtigste von ihm versprochene Modernisierungsvorhaben schuldig blieb: eine umfassende Steuerreform.

Darum hinkt und lahmt Brasiliens Steuersystem weiterhin an allen Ecken und Enden: Nur etwa ein Zehntel der Erwerbsbevölkerung des Landes zahlt überhaupt Abgaben. Trotzdem stieg die Steuerlastquote während der Amtszeit Cardosos seit 1995 von 27 auf 34 Prozent, vor allem zu Ungunsten der produzierenden Wirtschaft. Armando Monteiro Neto, designierter Vorsitzender des Nationalen Industrieverbands (CNI), glaubt, dass der siebenprozentigen Steigerung der Steuerlastquote nur ein durchschnittliches Wirtschaftswachstum von 2,5 Prozent in den vergangenen sieben Jahren gegenüberstand. "Bei unveränderter Quote hätte ein daraus resultierendes höheres Wachstum über entsprechende Mehreinnahmen des Fiskus wahrscheinlich dennoch zur Finanzierung der Staatsausgaben genügt", vermutet Monteiro, der als Parlamentsabgeordneter an den Arbeiten zur Steuerreform beteiligt war.

Zumindest jedoch hätte die Regierung, gestützt auf eine moderne Steuerverfassung, nicht ständig neue Kredite aufnehmen müssen.

Der jubelnde Sieger vom kommenden Sonntag könnte sich angesichts der auf ihn wartenden Aufgaben schon bald wünschen, er hätte die Wahl verloren.

Brasiliens Real fällt auf Allzeittief

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 24.09.2002, www.faz.net

Der brasilianische Real hat am Montag den tiefsten Stand seit Einführung der Währung im Jahr 1994 erreicht und könnte am Dienstag weiter fallen. Auch die Anleihen könnten am Dienstag schwächer tendieren.

Analysten sehen zwei Gründe für den Währungsverfall: die Verknappung der Dollarreserven und die Befürchtungen der Wirtschaft, der linksgerichtete Kandidat Luiz Inácio Lula da Silva könne im Oktober neuer Präsident werden. Die Märkte sorgen sich, dass Brasilien im Falle eines Wahlsieges Lulas seine Schulden nicht mehr pünktlich und vollständig bedient, obwohl der Kandidat es versprochen hat.

Neuesten Umfragen zufolge steigt Lula im Ansehen der Wählern: 44 Prozent gaben an, ihn wählen zu wollen, vier Prozentpunkte mehr als zuvor. Damit nehmen Lulas Chancen zu, schon den ersten Wahlgang für sich zu entscheiden. Regierungskandidat José Serra hingegen verlor sechs Prozentpunkte auf 19 Prozent.

Ein Drittel Verlust im laufenden Jahr

Lula führt seit langem in den Umfragen, und genauso lange stehen die Märkte Brasiliens unter Druck. Börse, Währung und Anleihen haben im laufenden Jahr rund ein Drittel ihres Werts eingebüßt. Je näher der Wahltermin rückt, desto stärker werden die Belastungen. Am Montag sackte der Real um 17 Centavo oder 4,8 Prozent auf einen Stand von 3,57 Real pro US-Dollar. „Die Anleger wissen weder, was Lula plant, noch welche Leute mit ihm zusammenarbeiten werden“, sagte Joao Medeiros, Händler in Sao Paulo. „Im Zweifel halten die Leute lieber Dollars in Händen.“ Niemand wolle Dollars verkaufen. Die Nachfrage nach der US-Währung hingegen sei konstant hoch, denn die Unternehmen müssten Zulieferer bezahlen und Schulden bedienen.

Anleihen niedriger als vor Hilfszusage des IWF

Zugleich ging der Börsenindex Bovespa in Sao Paulo um 3,35 Prozent zurück. „Die Anleger preisen die höhere Wahrscheinlichkeit eines Wahlsieges von Lula ein und auch, dass die Aktien im Ausland kontinuierlich an Wert verlieren“, sagte Pedro Thomazoni, Aktienhändler in Sao Paulo. „Sie verkaufen Aktien von in Dollar verschuldeten Unternehmen und kaufen die Titel solcher Firmen, die Erlöse in Dollars erzielen, wie Vale und Aracruz.“ Die Anteilsscheine der beiden genannten Unternehmen gewannen gegen den Markttrend. Vale do Rio Doce, der weltgrößte Exporteur von Eisenerz, stiegen 3,8 Prozent auf 81 Real. Aracruz Celulose, der größte Faserstoffexporteur Lateinamerikas, gewannen zwei Prozent auf 5,5 Real.

Wie Währung und Börsenindex fielen auch neun der elf am meisten gehandelten Staatsanleihen. Der Kurs der als Maßstab genutzten achtprozentigen, im Jahr 2014 fälligen Papiere gab um 2,94 Punkte auf 51,05 Prozent nach. Das entspricht dem höchsten Tagesverlust seit dem 5. August. Die Rendite stieg auf 24,66 Prozent. Mittlerweile notieren die brasilianischen Rentenpapiere niedriger als vor der Zusage des 30-Milliarden-Hilfspakets des IWF.

Unhaltbare Überschuldung

Der Fall von Währung und Anleihen macht den brasilianischen Schuldendienst teurer. In den vergangenen acht Jahren hat der aktuelle Präsident Fernando Henrique Cardoso Haushaltsdefizite mit Krediten finanziert, Schulden von Staatsunternehmen übernommen und die Zinsen hoch gehalten, um die Währung zu stärken. Dadurch hat sich die Schuldenlast Brasiliens verdreifacht.

Mittlerweile ist der brasilianische Staat mit 1,1 Billionen Real verschuldet, umgerechnet 339 Milliarden Dollar. Davon sind vier Fünftel an den Dollar oder die aktuellen Zinssätze gekoppelt. „Die hohen Zinssätze für Staats- und Unternehmensschulden könnten unabhängig vom Wahlergebnis eine Umschuldung erzwingen“, sagte Mead Welles, Fondsmanager bei Octagon Asset Management in New York. „Wer immer die Wahl für sich entscheidet, wird angesichts der hohen Zinsen sehr wenig Spielraum haben. Eine Neuordnung der Schulden könnte die Alternative sein.“

Schaden für die Region droht

Kann Brasilien seine Schulden nicht mehr pünktlich zurückzahlen, wäre der Ausfall vier Mal so groß wie in Argentinien im vergangenen Dezember. Das könnte ganz Lateinamerika in Mitleidenschaft ziehen. „Die Anleger würden aus der Region flüchten“, sagt Jana Butland, Währungsstrategin bei FleetBoston. „Die Konsequenzen wären härter als nach dem Konkurs Argentiniens im vergangenen Jahr.“

Schon jetzt fließt immer weniger Kapital nach Lateinamerika, und die Währungen der Region schwächeln. Der Peso Kolumbiens ist am Montag um 0,7 Prozent auf 2.801,6 Pesos je Dollar gesunken, der peruanische Sol hat um 0,1 Prozent auf 3.622 Soles je Dollar nachgegeben. Der argentinische Peso notierte ebenfalls 0,1 Prozent tiefer bei 3.665 Pesos je Dollar, und der chilenische Peso sank um 1,1 Prozent auf 747,75 Pesos je Dollar. „Das zeigt, wie nervös die Märkte sind“, kommentierte Butland. Der mexikanische Peso fiel auf seinen tiefsten Stand seit dreieinhalb Jahren, obwohl Mexiko aufgrund seiner engen Verbindungen zu den USA als vergleichsweise stabil gilt. Um den Währungsverfall zu stoppen, will die mexikanische Zentralbank jetzt die Zinsen erhöhen.

Brasiliens Wirtschaft fängt sich

Financial Times Deutschland, 3.9.2002, www.ftd.de

Von Sebastian Dullien, Berlin

Nach Einschätzung von Ökonomen hat Brasilien die Krise hinter sich gelassen. Darauf deuteten am Montag Meldungen über einen Rekordüberschuss in der Handelsbilanz und sinkende Risikoprämien auf brasilianische Staatsanleihen hin.

"Die Turbulenzen sind erstmal überstanden", zeigte sich Brasilien-Experte Nicolas Schlotthauer von der Deka-Bank überzeugt. Laut Humberto Santamaria von der Dresdner Bank in São Paulo hat "eine Phase der Beruhigung eingesetzt". Behalten die Analysten Recht, so wäre zunächst ein Bankrott der größten südamerikanischen Volkswirtschaft abgewendet; eine Ansteckung anderer Schwellenländer würde unwahrscheinlicher.

Weil Investoren im Frühsommer befürchtet hatten, der Linkskandidat Inácio Lula da Silva könne die brasilianische Präsidentschaftswahl im Oktober gewinnen und die Zinszahlungen des Landes einstellen, waren Landeswährung und Anleihen unter Druck geraten. Erst seit der IWF einen Kredit von 30 Mrd. \$ bewilligte und sich die Linkskandidaten zu den IWF-Bedingungen bekannten, ist eine Beruhigung zu beobachten.

Risiken bestehen weiter

Die Experten warnten allerdings, dass für Brasilien weiterhin Risiken bestünden. "Die Bedienung der Schulden bleibt eine Herausforderung", sagte Schlotthauer. Santamaria äußerte ähnliche Vorsicht. Da ein großer Teil der Staatsverschuldung an den Wechselkurs gekoppelt ist, stieg die Schuldenlast mit der Abwertung der vergangenen Monate kräftig. Allein im Juli wuchs deshalb die Schuldenquote von 57,9 Prozent des brasilianischen Bruttoinlandsprodukts (BIP) auf 61,9 Prozent.

Umstritten ist, wie gefährlich für Brasilien das hohe Defizit in der Leistungsbilanz ist, das durch ausländisches Kapital finanziert werden muss. Optimisten weisen darauf hin, dass sich der Fehlbetrag in der Bilanz im Juli verringert hat.

Im August erreichte der Überschuss im Handel mit Waren nach Angaben des Handelsministeriums sogar rund 1,6 Mrd. \$. "Die Anpassung der Leistungsbilanz ist in vollem Gange", sagte Dresdner-Bank-Ökonom Santamaria. Dem halten Skeptiker entgegen, dass alles in allem im Juli noch ein Leistungsbilanzdefizit von 550 Mio. \$ blieb.

Laut Barbara Fritz vom Iberoamerika-Institut hat sich die Bilanz bislang vor allem deshalb verbessert, weil sich die Importe drastisch verringerten. Und die Einfuhren seien zurückgegangen, weil Brasiliens Wirtschaft nur noch langsam wachse, so Barbara Fritz. Sobald das Wachstum wieder anspringe, werde auch das Defizit in der Leistungsbilanz wieder größer.

Laut Fritz kann Brasilien nur dann langfristig zahlungsfähig bleiben, wenn Wachstums- und Umverteilungsziele für dieses Ziel geopfert würden. Das wiederum bringe das Risiko politischer Instabilität mit sich. "Brasilien wird nicht zu einem Tigerstaat werden, anders als es viele Experten vor ein paar Jahren gedacht haben", sagte die Ökonomin.

Das Biest, das Gewalt heißt

SpiegelOnline, 21.09.2002, www.spiegel.de

Der Film "Cidade de Deus" schildert mit drastischem Realismus eine Gewaltorgie im Verbrechermilieu der Favelas - und bewegt damit die ganze brasilianische Nation. Nun wird das beim Filmfestival in Cannes umjubelte Werk erstmals in Deutschland gezeigt. Vollständiger Artikel von Matthias Matussek unter <http://www.spiegel.de/spiegel/0,1518,216006,00.html>

Datafolha: Lula está a um ponto da vitória no primeiro turno

Veja online, 28 de setembro de 2002, www.vejaonline.uol.com.br

DATAFOLHA 28 de setembro de 2002

Lula (PT) **45%**

José Serra (PSDB) **19%**

Anthony Garotinho (PSB) **15%**

Ciro Gomes (PPS) **11%**

O candidato do PT à Presidência da República, Luís Inácio Lula da Silva, subiu um ponto percentual na nova pesquisa de intenção de voto do instituto Datafolha, divulgada neste sábado, e lidera com 45%. A sondagem registrou 3% de votos brancos e 5% de indecisos. Se estes indecisos forem distribuídos proporcionalmente entre os candidatos, Lula tem 49% dos votos válidos e precisa de um ponto percentual para se eleger no primeiro turno. José Serra, do PSDB, ficou estável em relação à pesquisa da semana passada e continua em segundo lugar com 19%. Atrás dele aparecem Anthony Garotinho, do PSB, que também não variou e tem 15%, e Ciro Gomes, do PPS, que perdeu dois pontos e foi a 11%. A sondagem foi realizada entre os dias 26 e 27 de setembro e envolveu 6.040 eleitores de 337 cidades de todos os Estados do Brasil. A margem de erro é de dois pontos percentuais para mais ou para menos. Entre os quatro principais candidatos, o tucano atingiu o maior índice de rejeição nesta pesquisa: 35%, um a mais que na semana passada. Ciro Gomes apareceu com os mesmos 33%. Lula diminuiu sua rejeição em dois pontos e tem agora o mesmo índice de Garotinho: 27%. Nas simulações de segundo turno feitas pelo Datafolha, Lula vence Serra por 57% a 35%, Garotinho pelo mesmo placar e Ciro por 58% a 32%.

Diretor do FMI aposta em recuperação do Brasil

Para Anoop Singh, a turbulência dos mercados vai acabar depois das eleições

Estado de São Paulo, 29.09.2002, www.estado.com.br

FERNANDO DANTAS Enviado especial

WASHINGTON – O Fundo Monetário Internacional (FMI) aposta que a turbulência nos mercados financeiros no Brasil vai se acalmar quando estiver concluída a transição presidencial. Esta posição foi explicitada ontem por Anoop Singh, diretor do Departamento do Hemisfério Ocidental do FMI, e principal executivo responsável pela América Latina.

“Acho que todos nós esperávamos os mercados financeiros no Brasil permanecessem voláteis até que as incertezas da transição estejam concluídas. Não é surpresa que haja volatilidade. Mas nós esperamos que haja uma volta a condições mais normais uma vez que a transição

esteja concluída”, disse Singh ontem, em entrevista à imprensa na sede do FMI, em Washington.

O FMI vem sendo questionado por alguns críticos por ter apoiado o Brasil com um pacote de US\$ 30 bilhões, sem que a situação turbulenta envolvendo o País tenha melhorado depois do anúncio. Ontem, refletindo a posição mais dura que vem governando as instituições multilaterais desde que a presidência americana foi ocupada pelo republicano George W. Bush, o secretário do Tesouro dos Estados Unidos, Paul O’Neill, emitiu uma nota na qual declara que “está claro que são as políticas dos próprios países que determinam o seu destino econômico; quando os líderes de uma nação permitem a formação de um endividamento insustentável, são os cidadãos daquela nação que pagam pela falha dos líderes”.

O FMI e o G-7 (grupo das sete principais nações industrializadas), porém, ainda preferem ver o Brasil como um País com políticas responsáveis, cujas atuais dificuldades não são permanentes, tendo sido causadas pela combinação das incertezas eleitorais e um cenário internacional adverso.

Segundo Singh, os fundamentos econômicos do Brasil permanecem sólidos. “Com certeza as políticas macroeconômica são muito sólidas, e são embasadas em um sistema de metas de inflação com credibilidade e testado, e por um forte arranjo de médio prazo para a política fiscal, com o objetivo de manter a sustentabilidade da dívida (pública), disse o diretor do FMI, acrescentando: “E, como vocês sabem, é um sistema que foi apoiado pelos principais candidatos a presidente no Brasil.”

Singh apoiou a análise sobre a sustentabilidade da dívida pública brasileira realizada pelo governo – que está em um trabalho do diretor de Política Econômica do Banco Central (BC), Ilan Goldfajn – e ironizou a profusão de opiniões sobre o assunto que vêm surgindo nos meios financeiros e econômicos internacionais.

“Não posso nem mais tentar ler as notícias no meu meu computador, porque todo mundo está falando da dívida pública (brasileira)”, ele disse, citando especificamente o ex-diretor-gerente do FMI, e atual vice-presidente do Citigroup, Stanley Fischer. Na sexta-feira, em uma palestra realizada na sede do Banco Mundial, e em posterior entrevista à imprensa, Fischer levantou dúvidas sobre a sustentabilidade da dívida pública brasileira, e afirmou que o estudo de Goldfajn não leva em consideração a deterioração recente das condições do endividamento, em função da desvalorização do câmbio e da alta dos juros.

Singh aconselhou os ouvintes a focalizar a sua atenção, quando o tema é a dívida brasileira, em dois estudos recentes: o de Goldfajn, e o do economista John Williamson, do Instituto para Economia Internacional, de Washington. O diretor do Fundo observou que as conclusões do trabalho de Williamson, que foi feito de forma independente, são as mesmas na qual se baseou o último acordo do FMI com o Brasil, fechado em agosto.

Quanto à dívida cambial, Lorenzo Perez, sub-diretor do Departamento do Hemisfério Ocidental do FMI, encarregado do Brasil, disse que “as mudanças na composição da dívida pública têm de ser feitas de maneira gradual, e num ambiente de grande volatilidade é mais difícil”. Ele achou positivo o fato de que, ao não rolar integralmente os vencimentos cambiais, o governo já esteja trabalhando para reduzir a proporção da dívida dolarizada.

Argentina – Sobre a Argentina, Singh disse que o Fundo está trabalhando numa abordagem em duas etapas. Na primeira, de 9 a 12 meses, e provavelmente abrangendo a transição para um novo governo, a prioridade é estabilizar a economia, e controlar a inflação. “Estamos em completo e total acordo com as autoridades argentinas”, disse Singh, referindo-se aos objetivos desta fase. A segunda fase, de dois ou três anos, envolveria reformas estruturais e medidas para que o país retome o crescimento.